

Entschließungsantrag

der Bundesräte Schimböck, Ing. Einwallner

und GenossInnen

betreffend Erweiterung des Berechtigungsumfanges für das Gewerbe der Zahntechniker

sowie Direktverrechnung der Sozialversicherung mit den Zahntechnikern

gem. § 21 GO-BR

In Dänemark, Holland, Finnland und der Schweiz besteht das Berufsbild der Prothetiker. Dieses Berufsbild entspricht einem erweiterten Umfang des bei uns bestehenden Gewerbes „Zahntechniker“.

Die über die aktuell zulässige Tätigkeit des Zahntechnikers hinausgehende Dienstleistung der Prothetiker ist in Österreich den Zahnärzten vorbehalten.

Die Erweiterung der Befugnisse der Zahntechniker würde eine wesentliche Verbilligung für die KonsumentInnen bedeuten und überdies die Tätigkeit der Ärzte im zahnmedizinischen Bereich nur sinnvoll ergänzen.

Gerade für den Bundesrat sind die Anliegen der älteren ÖsterreicherInnen von besonderer Bedeutung. Durch diverse Maßnahmen wie Einstellungen von öffentlichen Verkehrsverbindungen wird es ihnen schwierig gemacht, die für sie notwendigen Einrichtungen zu erreichen. Es hätte daher der Vorschlag auch den Vorteil, dass für die älteren BürgerInnen mehr Ansprechpartner zur Erbringung dieser Leistung zur Verfügung stehen und sich dadurch für diese BürgerInnen auch kürzere Wege ergeben.

Die Direktverrechnung zwischen Sozialversicherungsträger und Zahntechnikern mit Gewerbestandort in Österreich wäre aus volkswirtschaftlicher Sicht zu begrüßen und würde darüber hinaus Kostentransparenz bei den Leistungen im zahnärztlichen Bereich herstellen.

Bereits vor zwei Jahren wurden seitens des zuständigen Bundesministers Erhebungen über Berufsbild und Gewerbeumfang der Zahntechniker in den anderen EU-Ländern versprochen.

Inzwischen liegt auch eine Stellungnahme des Kantonsarztes der Schweiz vor, das alle medizinischen Bedenken ausräumt.

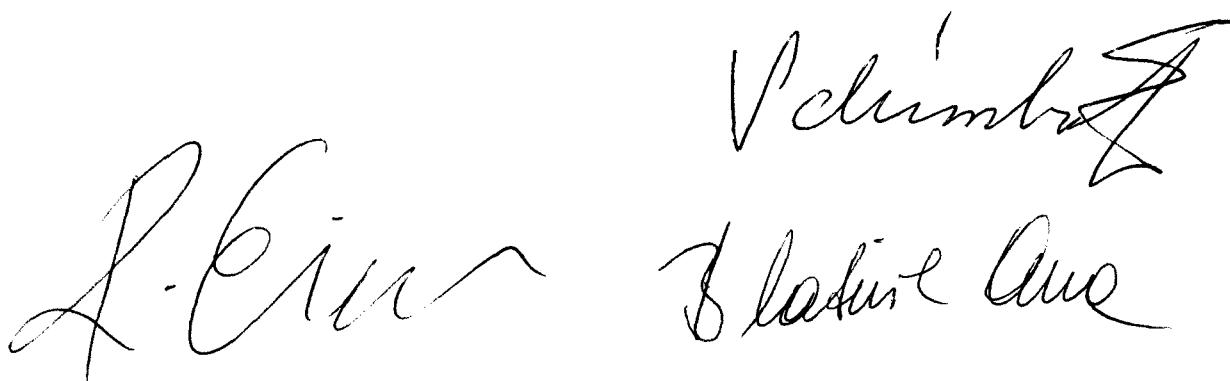
Der gegenständliche Entschließungsantrag wurde bereits einmal abgestimmt.. Um aber dieses wichtige Anliegen, welches hohe Kosteneinsparungen für die Betroffenen, aber auch die Sozialversicherungsträger bringt, nochmals beraten zu können, bringen die unterzeichneten Bundesräte diesen Entschließungsantrag nochmals ein und schlagen unter einem vor, dass der zuständige Ausschuss gem. § 33 Abs. 4 GO-BR zu einer Besichtigung an Ort und Stelle – also bei einem Zahntechnikerlabor – zu laden ist. Dies würde eine unmittelbare Erörterung des Themas mit Sachverständigen ermöglichen und könnte dazu dienen, allenfalls bestehende Vorbehalte auszuräumen.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Bundesrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in einer Regierungsvorlage die erforderlichen rechtlichen Grundlagen mit der Zielsetzung zu erarbeiten, den Berechtigungsumfang für das Gewerbe der Zahntechniker zu erweitern sowie die Direktverrechnung der Sozialversicherung mit den Zahntechnikern zu ermöglichen. Damit soll sichergestellt werden, dass der Berechtigungsumfang für das Gewerbe der Zahntechniker auf das „Abdrucknehmen“ für die Herstellung von Teil- und Totalprothesen erweitert wird und die Leistungen der Zahntechniker mit den Sozialversicherungsträgern direkt und nicht auf dem „Umweg“ über die Zahnärzte abgerechnet werden.



The image shows two handwritten signatures. The signature on the left is "R. Ein" and the signature on the right is "V. Schimböck". Both signatures are written in black ink on a white background.

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit